

LIGA DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Tornowstraße 48, 14473 Potsdam

An die
Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und
Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

- Per E-Mail -

Potsdam, 27.10.2021

Stellungnahme zum Gesetzentwurf „Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes“ (Drucksache 7/4215) sowie zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, (Drucksache 7/4296)

Sehr geehrter Herr Lüttmann und sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit, im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz am 3.11.2021 Stellung nehmen zu können. Es ist der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege – Spitzenverbände im Land Brandenburg ein großes Anliegen an der Anhörung teilzunehmen, denn wir halten den langfristigen Erhalt der Integrationsarbeit in Brandenburg für unbedingt notwendig (siehe hierzu auch unsere Stellungnahme vom 27.9.2021).

Die geplante drastische Kürzung der zentralen Instrumente für Beratung und Begleitung von Geflüchteten ist besonders vor dem Hintergrund der steigenden Zuzugszahlen in Brandenburg zu hinterfragen.

Doch nicht nur „klassische“ Angebote für Geflüchtete sind von der Kürzung betroffen, auch die Angebote, die an das Regelsystem angedockt sind, wie z. B. Schule, Kinder- und Jugendhilfe, frauenunterstützende Angebote und psychosoziale Angebote stehen vor dem Aus.

Durch diese Kürzungen wird das Ankommen der zuziehenden Menschen, sowie die nachhaltige Integration tausender Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und schlussendlich der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Wenngleich die Corona-Pandemie erhebliche Kosten für den Landeshaushalt bedeutete, müssen durch die Kürzungen im sozialen Bereich erhebliche kurz-, mittel- und langfristige Folgekosten erwartet werden. Der durch die Kürzungen verursachte Verlust von Fachpersonal in diesem Bereich konterkariert die Bestrebungen der Fachkräftesicherung im Land Brandenburg. **Die Brandenburger Verbände fordern daher die Fortführung der MSA II und der Integrationspauschale im bisherigen Umfang und die Sicherstellung der Mittel bis mindestens Ende 2024.**

Federführender Verband 2020/2021
Caritasverbände
für das Erzbistum Berlin e.V. und
für die Diözese Görlitz e.V.

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Tornowstraße 48
14473 Potsdam

Telefon 0331 . 284 97 63
Telefax 0331 . 284 97 30
E-Mail info@liga-brandenburg.de
Web www.liga-brandenburg.de



Den Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen muss ein flexibles und wirkungsvolles Instrument der Integrationsarbeit bereitgestellt werden, denn diese Angebotsstrukturen ermöglichen es, kommunalspezifische Bedarfe zu adressieren und Angebote für die gesamte Bevölkerung umzusetzen.

Beim vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung sind in Anbetracht der aktuellen Situation Anpassungen erforderlich, um die Integrationsarbeit im Land Brandenburg auf sichere Beine zu stellen. Daher teilen wir die vorgeschlagenen Änderungen im Antrag der Fraktion DIE LINKE, (Drucksache 7/4296). Dieser sieht das Festhalten der letzten drei Jahre als Berechnungsgrundlage für die MSA II und die nachhaltige Sicherung der Integrationspauschale vor.

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen massiven gesellschaftlichen und migrationspolitischen Herausforderungen bitten wir Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Für fachliche Fragen steht Ihnen Peter Botzian, Vorsitzender des Fachausschuss Migration und Integration unter P.Botzian@caritas-berlin.de gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Prof. Dr. Ulrike Kostka
LIGA-Vorsitzende
Caritasverband Erzbistum Berlin e.V.



Bernd Mones
LIGA-Vorsitzender
Caritasverband Diözese Görlitz e.V.



Jens-Uwe Scharf
LIGA-Vorsitzender
Caritasverband Erzbistum Berlin e.V.